

Betreff:

Handwerk trifft Innovation: Erarbeitung einer Wiesbadener "Handwerksagenda 2030"
- Ergänzungsantrag der Fraktion FDP zu TOP I/5 vom 07.02.2024 -

Antragstext:

Ergänzungsantrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten zu TOP I/5 der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 7. Februar 2024

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke & Volt wird wie folgt ergänzt:

5. Der Magistrat wird aufgefordert, zusammen mit den Spitzenverbänden aus Handwerk, Handel und Industrie eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit zu finden. Hierbei soll insbesondere die Errichtung eines Vereins zur Förderung des Wiesbadener Wirtschaftslebens geprüft werden. Dieser soll das Ziel verfolgen, eine Gesprächsplattform aller Wirtschaftszweige und der LHW zu etablieren und Fördermaßnahmen zu konzipieren und umzusetzen.
6. Der Magistrat wird aufgefordert, die Belange ansässiger Betriebe nicht nur bei der Vergabe städtischer Aufträge, sondern auch bei der eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit zu beachten. Dazu gehört insbesondere eine kritische Überprüfung des Tätigkeitsspektrums städtischer Gesellschaften.
7. Der Magistrat wird gebeten, ein Beitrags-, Bürokratie-, und Kostensenkungspaket auszuarbeiten. Im Austausch mit IHK und HWK sollen Maßnahmen zur Reduzierung von Belastungen und Bürokratie beraten und bis zur nächsten Haushaltsberatung vorgelegt werden. Beispielhaft lassen sich Gewerbesteuer, städtische Gebühren (u.a. für Parkausweise) sowie weitere städtische Steuern (z.B. die neue Wassersteuer) nennen. Der Magistrat wird gebeten, die Ergebnisse dieser Anstrengungen bis zu den nächsten Haushaltsberatungen vorzulegen.
8. Die Landeshauptstadt Wiesbaden bekräftigt ihre Auffassung, dass Wirtschaftsförderung zu ihren Kernanliegen gehört und sie die Belange der Wirtschaft in allen ihren Handlungsfeldern mitdenkt. Dies beinhaltet auch das Bekenntnis zur Ausweisung neuer und insbesondere kleinteiliger Gewerbeflächen im Rahmen der Erstellung des neuen Flächennutzungsplans sowie einer zügigen Realisierung des Gewerbegebiets auf der sogenannten "B2-Fläche" auf dem Ostfeld.
9. Die Landeshauptstadt Wiesbaden leistet ihren Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Um ihren Unternehmen den Zugang zu den klügsten und engagiertesten Köpfen zu geben, unterstützt sie die Bemühungen der Wirtschaft in den Schulen für ihre Ausbildungsberufe zu werben. Außerdem wird sie in ihren außerschulischen Bildungsangeboten auf eine stärkere Vermittlung von MINT-Kompetenzen Wert legen.
10. Der Magistrat wird gebeten, sich zusammen mit der Wiesbadener Wirtschaft bei der Hessischen Landesregierung für eine Gewährleistung der wohnortnahen Ausbildung

Antrag Nr. 24-F-05-0002

FDP

einzusetzen und beim Land Hessen auf eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Land Rheinland-Pfalz - insbesondere bei kleinen Ausbildungsgängen zu dringen.

11. Die LHW unterstützt und stärkt junge Menschen dabei, eine Ausbildung in Wiesbaden zu beginnen. Eine große Hürde stellen die hohen Wohnkosten in Wiesbaden dar. Der Magistrat wird daher gebeten, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Realisierung eines Azubi-Wohnheimes aus dem Mai 2021 endlich umzusetzen und der Stadtverordnetenversammlung bis zum nächsten Sitzungszug einen Bericht über die bisher ergriffenen Schritte zuzuleiten.
12. Zwischen der Ausstattung der Hochschulen bzw. Universitäten und den Berufsschulen besteht immer noch ein erheblicher Unterschied. Die Landeshauptstadt Wiesbaden bekräftigt ihre Absicht, in den beruflichen Schulen eine Lernumgebung zu schaffen, die in ihrer Qualität mit Hochschulen und Universitäten vergleichbar ist.

Wiesbaden, 07.02.2024

Lucas Schwalbach
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin